

IST DAS GERECHT?

Berufspolitiker als Großverdiener

Politiker verdienen für Arbeitende unerreichbare Summen. Im Spitzenfeld: Eva Glawischnig (Grüne), Gerald Grosz (BZÖ), HC Strache (FPÖ).

Einmal im Nationalrat, verdient man in der Politik pro Jahr soviel wie ein Durchschnittsarbeiter in fünf Jahren. Noch abgehobener sind die Gehälter von Regierungsmitgliedern.

Besonders sauer stößt auf, wenn ans Licht kommt, was die vermeintlichen Vertreter Glawischnig freuen. Da lässt sich leicht nach außen eine soziale Einstellung präsentieren.
Unter den politischen Großverdienern ist auch BZÖ-Kandidat Gerald Grosz. Er bekommt als Nationalrat und Grazer Gemeinderat 140.504

der "kleinen Leute" aufs Kon-

to bekommen. Da wäre zum

Beispiel FPÖ-Chef Strache

mit einem Jahresgehalt von

194.208 Euro (gut 2,7 Mio.

Schilling), die er als Chef

des FPÖ-Parlamentsklubs be-

kommt. Über genauso viel

darf sich Grünen-Chefin Eva

Euro pro Jahr, wie sehr zu seinem Ärger aufgedeckt wurde.

Die Einkommen der "Sparmeister" Einkommen monatlich, brutto

Landeshauptmann16.000,13LH-Stellvertreter15.158,02Landesrat14.315,90Landtags-Präsident11.368,51Klubobmann/frau10.526,40Präsident Landesschulrat8.421,12Landtagsabgeordnete5.473,73

wurde. Spitzen-

verdiener

Spitzenverdiener in der heimischen Politik ist Bundespräsident Heinz Fischer mit 319.071 Euro pro Jahr. SPÖ-Kanzler Werner Faymann kommt auf jährlich 285.600 Euro. Stolze 217.056 Euro verdient Landeshauptmann Franz Voves (SPÖ), auf 177.072 Euro kommt der Grazer Bürgermeister Siegfried Nagl (ÖVP).

Noch mehr Gehalt

Auch auf Gemeindeebene kassiert man mit Doppeleinkommen ab: Der Seiersberger Bürgermeister und Landtagsabgeordnete W. Breithuber war mit seinen gesamt über 10.000 Euro nicht zufrieden und ließ im Gemeinderat die "Aufwandsentschädigung" um 25% anheben – mit Zustimmung von ÖVP und FPÖ.

Hier könnten sie sparen!

Ein KPÖ-Antrag, wonach die Politbezüge drastisch gekürzt werden sollen, wurde im Landtag von allen anderen Parteien abgelehnt. Die KPÖ bleibt standhaft mit der Forderung, dass sich die Politbezüge nicht von den Durchschnittseinkommen abheben dürfen.

